Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2023/408

23.11.2023

P9_TA(2023)0085

Der Fall des Oppositionsführers Kem Sokha in Kambodscha

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. März 2023 zum Fall des Oppositionsführers Kem Sokha in Kambodscha (2023/2589(RSP))

(C/2023/408)

Das Europäische Parlament,

— unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Kambodscha,

— gestützt auf Artikel 144 Absatz 5 und Artikel 132 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass das Stadtgericht von Phnom Penh am 3. März 2023 in einem Gerichtsverfahren, bei dem nach Auffassung von Experten der Vereinten Nationen „die Standards der kambodschanischen und internationalen Menschenrechtsnormen nicht eingehalten" wurden, Kem Sokha zu 27 Jahren Haft verurteilt hat, die er bis auf weiteres im Hausarrest verbüßen darf, wobei ihm zudem sein aktives und passives Wahlrecht auf unbestimmte Zeit entzogen wurden;

B. in der Erwägung, dass Kem Sokha, der ehemalige Vorsitzende der Nationalen Rettungspartei Kambodschas (CNRP), im Jahr 2017 wegen mutmaßlicher Verschwörung zum Sturz von Premierminister Hun Sen festgenommen und bis zu seiner bedingten Überstellung in den Hausarrest am 10. September 2018 willkürlich in Untersuchungshaft gehalten wurde;

C. in der Erwägung, dass die kambodschanische Regierung seit der Auflösung der CNRP, der größten Oppositionspartei des Landes, in massiver Weise gegen Oppositionelle vorgeht, indem diese inhaftiert, mit Geldstrafen belegt oder ins Exil getrieben werden;

D. in der Erwägung, dass Premierminister Hun Sen seit 38 Jahren nahezu ununterbrochen an der Macht ist und die Regierungspartei die absolute Macht über den Staat und die gesetzgebenden Organe ausübt;

E. in der Erwägung, dass die Regierung seit 2017 hart gegen unabhängige Medien, Organisationen der Zivilgesellschaft und die politische Opposition vorgeht, unter anderem durch Scheinprozesse, in denen sehr viele Menschen vor Gericht gestellt werden, die Verfolgung von politisch engagierten Bürgern wie Seng Theary sowie von führenden Vertretern und Mitgliedern der oppositionellen Kerzenlicht-Partei (vormals Sam-Rainsy-Partei), die Beschneidung der Freiheiten und das Verbot der Nachrichtenagentur „Stimme der Demokratie" (VOD) am 13. Februar 2023, einem der letzten unabhängigen Medienunternehmen Kambodschas;

1. fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung von Kem Sokha und allen Amtsträgern und Anhägern der Opposition, die wegen politisch motivierter Anklagen zu Gefängnisstrafen verurteilt oder in Gewahrsam genommen wurden;

2. fordert die staatlichen Stellen Kambodschas nachdrücklich auf, freie und faire Wahlen im Juli 2023 zu ermöglichen, damit alle politischen Parteien gleichberechtigt einen freien und transparenten Wahlkampf unter der Aufsicht eines stärker inklusiven und transparenten nationalen Wahlausschusses führen können; fordert die sofortige Wiederherstellung der CNRP, damit die Partei an den Wahlen 2023 teilnehmen kann;

3. fordert die staatlichen Stellen auf, alle Formen der Drangsalierung und Einschüchterung einzustellen sowie sämtliche politisch motivierten Anklagen gegen Mitglieder der Opposition, Gewerkschafter, Menschenrechtsverteidiger, Vertreter der Zivilgesellschaft und der Medien fallenzulassen und der „Stimme der Demokratie" zu gestatten, ihre Tätigkeit wiederaufzunehmen;

4. fordert, dass die bestehenden politischen Instrumente von der EU in koordinierter Weise genutzt werden, einschließlich der weiteren Aussetzung des Status „Alles außer Waffen" im Fall von Kambodscha, wenn die Wahlen im Jahr 2023 internationalen Standards nicht entsprechen oder es zu weiteren Menschenrechtsverletzungen in dem Land kommt;

5. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Menschenrechtskriterien für ihre anhaltende verstärkte Zusammenarbeit mit den kambodschanischen Staatsorganen festzulegen und Kambodschas Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger zu unterstützen;

6. fordert den Rat nachdrücklich auf, im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte gezielte Sanktionen zu verhängen, damit alle Personen zur Rechenschaft gezogen werden, die für schwere Menschenrechtsverletzungen sowie für die Zerschlagung und anschließende Unterdrückung der kambodschanischen Opposition verantwortlich sind;

7. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten für ein stärkeres Europa in der Welt, dem Generalsekretär des ASEAN sowie der Regierung, dem Premierminister und der Nationalversammlung von Kambodscha zu übermitteln.